

Bezugsgebühr:

Mitgliedschaft für Zeitungen bei täglich
wechselseitiger Abrechnung durch unsere
Posten überreicht und ausgetauscht, zur
Summe und Wiedergabe nur einmal
jährlich 50 Pf., herab zu einem Preis von
20 Pf. bis 25 Pf. 20 Pf.
Bei ehemaliger Aufteilung durch die
Post 50 Pf. ohne Belehrung, im Rück-
send mit entsprechendem Nachdruck.
Rücksend aller Briefe u. Original-
Mitteilungen nur mit bezahlter
Qualitätsausgabe. Preis: 20 Pf.
Gebühren: Rücksichtliche Donatur,
an welche die Steuern unterliegenden
gewerblichen Blätter zu leisten
sind entfallen.

Telegramm-Adresse:
 Nachrichten Dresden

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Carlf.

Kotillon-
Fabrik und Lager. Oscar Fischer, 21 Am See 21.

DRESDNER KUNSTGEWERBEHALLE
Bernhard Schäfer
Königlicher Hoflieferant
MODERNER SCHMUCK
= Große Auswahl in allen Preislagen.
Prager Strasse 7
aus Gold und Silber.

Techn. Gummiwaren
für alle Arten Betriebe.

Dichtungen, Gasheute, Schläuche, Transportmittel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Weitlingerstrasse 20.
Telephon 280.

Aufnahme von Anfragen
bis nachmittags 2 Uhr. Sonn- und
Feiertage vor Marienkirche von
11 bis 14 Uhr. Die übrigen Gewa-
hrzeile von 8 Uhr bis 20 Uhr. An-
kündigungen auf der Rückseite Seite
20 bis 25 bis, auf Marienstr. Seite
26 bis 30 bis, die Rückseite Seite auf
26 bis 30 bis, auf Marienstr. Seite
31 bis 35 bis. An Rückseite nach Sonn-
und Feiertagen 1 halbe Stunde
20 bis, auf Marienstr. 40 bis.
Zweite Seite auf Rückseite und als
Angeklagte 30 bis. Ausdrucke auf
Rückseite nur einer Vorausbestellung.
Belegblätter auch in Wien.

Herausgeber: Nr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 33.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Hofphotograph Hahn Nachf., Ferdinandstrasse No. 11, Gegründet 1851.

zwischen Ferdinandplatz und Bürgerwiese

Mr. 282. Spiegel: Radikalierung der engl. Gewerkschaftsbeweg., Löwenapotheke, Gastwirte, Motorfahrsitz, Mehlmarkt, Wittekind, Sonnabend, 13. Oktober 1906.

Radikalierung der Gewerkschaftsbewegung in England.

Ein England vollzieht sich eine interessante innerpolitische Entwicklung, indem die mit Hilfe des jetzt regierenden Liberalismus zu Macht und Macht gelangte Arbeitspartei wider den liberalen Bundesstaat ledt und sich ganz aus der Abhängigkeit herausbrechen will. In den "Dresdner Nachrichten" wurde bereits gleich zu Anfang der durch die Parlamentsneuwahlen eingetretene Wendung in einer Betrachtung der neugeschaffenen Sacklage an leitender Stelle der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die erstickte Arbeitspartei voraussichtlich sich der sozialistischen Richtung nähert und dadurch die kleine einer künstlichen Parlamentssitz in den Boden der freien Freundschaft mit dem Liberalismus einsetzen würde. Diese Voraussicht hat sich bewahrheitet. Auf der ganzen Linie, und zwar nicht bloß im Parlament, sondern auch in der Parteipolitik draußen im Lande ist der Kampf entbrannt und Liberalismus und Arbeitspartei haben sich gegenseitig Felle angezogen. Bemerkenswert ist in diesem Streite der entschieden sozialistische Aus, der sich in der englischen Gewerkschaftsbewegung geltend macht. Bisher saßen gerade die englischen Gewerkschaften als das Muster großer unpolitischer, rein wirtschaftlicher Vereinigungen, die sich von allen sozialistischen aufstrebenden Phantasien und Wollentwürfen fernhielten und ihre ganze Tätigkeit auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen konzentrierten. Die eigentlich sozialistischen Ideen fanden tatsächlich bislang gar keinen Anfang in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Englands. Um so überraschender und bemerkenswerter sind die jüngsten Beschlüsse der Eisenbahnerkonferenz in Corby, die darin lauten, daß sich die Gewerkschaft der Eisenbahner der von Keir Hardie im Unterhause vertretenen sozialdemokratischen Arbeitspartei anschließt. Alle Bemühungen des bisherigen langjährigen Generalsekretärs, der im Unterhause die liberale Partei vertritt, vermögen nicht, eine Sinnesänderung der Gewerkschaften zu bewirken. Die Bergarbeiter sind noch unentschlossen, doch scheint unter den schottischen Bergarbeiterbewegung die Strömung für den Anschluß die Oberhand zu besiegen. Aus dem liberalen Lager schallen heftige Stimmen des Unmut über die Gefolgschaftsaufständigung der Sozialisten herüber, und der Kriegsminister Haldane hat in einer öffentlichen Rede den aufsässigen "Genossen" gründlich die Leviten gelesen. Der Minister erklärte, daß die liberale Regierung sich bei ihren Maßnahmen zu Gunsten der Arbeiter gern der Unterstützung der Arbeitspartei erfreut habe, aber keineswegs davon denkt, sich deshalb zum Sklaven der Partei machen zu lassen. Sollte Keir Hardie Anträge einbringen, mit denen die liberale Partei sich nicht einverstanden erklären könnte, so werde sie nicht zögern, mit der Arbeitspartei die Klingen zu kreuzen.

Darauf hat der Präsident der schottischen Bergmannsvereinigung flugs erwidert, die Kriegserklärung der Liberalen sei der Arbeitspartei sehr willkommen. Haldane habe doch Geschlecht studiert und wisse, daß in Deutschland ein tüchtiger Mann als er dem Sozialismus zu bekämpfen verstehe. Wenn Haldane und die Liberalen Reaktion zeigen sollten, auf denselben Syntaxis zu wandeln, so würden sie ebenso wie Bismarck die Partie verlieren. Diese weisheitsvolle Geschichtsliteratur des schottischen Sozialisten Klingt ganz so, als wenn sie aus den Spalten des "Vorwärts" geschöpft wäre. Zur Steuer der Wahrheit muß dazu bemerkt werden, daß Bismarck seinen Kampf gegen die Sozialdemokratie zweckmäßig verloren hat, solange er die volle Macht in Händen hatte. Vielmehr bildete das Sozialistengesetz eine denartig schwache erfolgreiche Waffe im Kampfe gegen die Umlaufbewegung, daß heute noch die bloße Erinnerung daran den alten Sozialistenhörer Bebel in Mannheim veranlaßt, in seiner Rede über den Wasserschliff die "Genossen" vor einer allzu stuppeligen Herausforderung der bürgerlichen öffentlichen Meinung mit dem ausdrücklichen Hinweis zu warnen, daß dann schließlich doch einmal ein neues Sozialistengesetz kommen könnte, daß eine geradezu zerstreuende Wirkung auf die Partei ausgehen würde.

In England freilich sind die Dinge einstweilen noch lange nicht auch nur annähernd so weit gediehen, um dem Sozialismus eine wirklich beherrschende Stellung im öffentlichen Leben zu ermöglichen. Gewiß Sozialdemokratie gibt es auch in England, und Keir Hardie ist einer ihrer Führer, wie ihn auch deutsche "Genossen" sich nicht besser wünschen könnten. Woran es aber fehlt, das ist das geeignete, man möchte sagen, philosophisch-schödauerische Material unter der englischen Arbeiterschaft, aus dem sich, wie in Deutschland, ein gut gebildetes Heer von Soldaten des Zukunftstaates heranzubilden läßt, die immer und immer wieder der Partei die größten Opfer bringen, auch wenn sie noch so oft über die praktische Unmöglichkeit der Zukunftstaatssträume aufgellärt werden und die Tatsachen ihnen den klaren Beweis erbringen, daß es sich bei der angeblichen Fürsorge der politischen Sozialdemokratie um ganz andere Dinge und Beweggründe handelt als um ein wirtschaftliches Interesse Empfinden für die

Notlage der Arbeiterschaft und um den ersten Willen zu sachlichen Abhilfe der vorhandenen Mißstände. Der englische Arbeiter deutet viel nüchtern und praktischer und läßt sich nicht mit revolutionären Redensarten auf die Dauer abweisen. Gewinnt also trotzdem die politische Sozialdemokratie in den Kreisen der englischen Gewerkschaftsbewegung Boden, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Leiter dieser Bewegung eingeschlagen haben, eine den Arbeiterinteressen günstige Gelegenheit sei vor dem in sozialem Hinblick nicht genügend gehalten und verständnisvollen Liberalismus nicht zu erwarten, und es müßte daher eine starke politische Partei einen entsprechenden Druck im Parlament ausüben. jedenfalls werden die Ziele der englischen Gewerkschaften auch in der politisch-sozialdemokratischen Verbrämung der Bewegung unmittelbar auf die Erfüllung praktisch-politischer Erfolge gerichtet bleiben.

Nur Deutschland hat die Einführung des politischen Moments in die englische Gewerkschaftsbewegung ebenfalls ihre unverkennbare Bedeutung, weil sich im Zusammenhang damit auch bei uns eine weitere Ausbreitung des sozialistischen Geistes in den Gewerkschaften bemerkbar machen dürfte, der sich, um mit den Worten der Nordb. Allg. Ag., zu reden, "durch den vielfach überpartei und rücksichtslosen wirtschaftlichen Kampfeifer, den Streikterrorismus und die Schafsucht nach dem Koalitionszwange, sowie durch Agitation und Stimmbgabe für die Sozialdemokratie betätigt". Angesichts einer solchen Entwicklung, die in der stärkeren Betonung des sozialdemokratischen politischen Machtprinzips in der Arbeiterschaftsbewegung gipfelt, ist es nur zu begreiflich, daß die verantwortlichen leitenden Kreise sich noch in leichter Stunde zu besonderer Vorsicht bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs über die Rechtschaffenheit der Arbeiterschaftsvereine gemahnt fühlen. Daß die Vorlage, die den deutschen Gewerkschaften die Rechte als juristische Persönlichkeit verleihen soll, einen solchen Macht-auswuchs an die Arbeitersbewegung nicht ohne Rücksicht gewähren wird, die nach Möglichkeit einer Ausdeutung der neuen Rechtsstellung zu sozialdemokratischen Machtzwecken vorbeugen, darf schon jetzt als ganz sicher gelten. Sollte es aber angenügend wirksame Handbücher nach dieser Richtung in dem Einworte seien, so werden ohne Zweifel die staatsverhaltenen Parteien im Reichstage dafür sorgen, daß das Entsprechende nachgeholt und insbesondere für die Einhaltung einer Bestimmung gesorgt wird, welche die Gewerkschaften als solche mit ihrem Vermögen für den durch widerrückliches Verhalten ihrerseits, also beispielweise Kontraktbruch, verursachten Schaden haftbar macht.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. Oktober.

Die Braunschweigische Frage.

Braunschweig. Der Herzog von Cumberland hat den in den letzten Tagen bekannt gegebenen zwischen ihm und dem Kaiser und dem Reichskanzler stattgehabten Schriftwechsel mit einem Begleitschreiben an das hiesige Staatsministerium mitgeteilt. Die Amtl. Braunschw. Anz. sind erwidert, das Begleitschreiben wiederzugeben: "Gmunden, 9. Okt. 1906. An das Herzoglich Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium in Braunschweig. Die vor der Landesversammlung des Herzogtums am 2. September zur Neuerzung der Regierung-Behörde einstimmig gesetzte Resolution habe ich, sowohl für das legitime Recht einzutreten, als deutscher Herzog mir warmer Freude begrüßt. Die Resolution hat mich veranlaßt, sowohl an Seine Majestät den Deutschen Kaiser und König von Preußen, als auch an Seine Durchlaucht den deutschen Reichskanzler und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Bütow, die offiziell beigelegten Schreiben an Rücken d. Mis. zu richten. Darauf habe ich die gleichfalls im Abschrift anliegenden Antwortschreiben vom 5. bzw. 7. d. Ms. erhalten. Nach meiner festen Überzeugung habe ich durch mein Schreiben an Seine Majestät den Deutschen Kaiser das weitgehende Entgegenkommen zu erwarten. Zu meinem lebhaftesten Bedauern aber hat Seine Kaiserliche und Königliche Majestät allerdrächtlich sich außer Stande erklärt, der seinem allerhöchsten Wohlwollen von mir empfohlenen Hilfe näher zu treten. Auch hat Seine Durchlaucht den Reichskanzler die von mir erbetene Unterstützung meines Seiner Majestät unterbreiteten Vorsthaltes nicht zugesagt können. Die für die Ablehnung meines Vorsthaltes angelieferten Gründe vermag ich in seiner Richtung anzuerkennen, denn durch die von mir vorgelegte Rechtfertigung der Regierung-Behörde im Herzogtum wird meines Erachtens die Saar- und Rechtsfrage wesentlich verändert, und ganz unverständlich ist mir, inwiefern die Regierung-Behörde meines jüngsten Sohnes im Herzogtum Braunschweig die Interessen des mächtigen Deutschen Reiches sollte gefährden können. Ich bekränzte mich hier nur darauf hinzuweisen, daß der Bundesratsbeschuß vom 2. Juli 1886, wie ja auch schon der Vorstalt desselben ergibt, nur gegen mich, nicht auch gegen die Mitglieder meines Braunschweig-Lüneburgischen Hauses richte. An bevorstehende Mittelungen, die das Land Braunschweig und besonders die Landesversammlung im ganzen Sinn der Resolution vom 25. d. Ms., über den von mir unternommenen Nachgleichsvertrag und über dessen Ergebnis aufzuklären sollen, knüpft ich hiermit das an das Herzogliche Staatsministerium gerichtete dringende Eruchen, dieses mein Schreiben mit den Anlagen ohne Verzug, wie mit den an das Herzogliche Staatsministerium gerichteten Noten des deutschen Reichskanzlers und Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 8. d. Ms. getheilt ist, durch die Amtl. Braunschw. Anz."

Dutzend Visat M. G. grössere Formate entsprechend. Spezialität: Lebensgroße Porträts in Pastell etc. Gruppen- und Kinderansichten in besonders geeigneten Ateliers

Hohenlohes Deutswürdigkeiten.

Berlin. (Brid.-Tel.) Aus dem Bismarck-Archiv in Sindelfingen Bißmann der ähnlichen Berichtigungen wie die Hohenloher Bißmann der vorbeschriebenen, lebt ein Brief, der im "Vorwärts" von Pöhlingers "Braunau zur Bismarck-Feier" abgedruckt ist und dessen Inhalt wir hier wiedergeben: "Hierzu 10. Dezember 1865 schrieb der Alteidettsame aus Kirschburghalz an Dr. Karl Röhl: "Herr Doktor! Ich bin damit einverstanden, daß Sie meine Ihnen angänlichen Briefe an den General von Gerlach nach dem Text der Originalis 'Omissis omitti' nach Ihren Gegebenen herausgeben. Stellen, die noch lebende Leute oder deren Familien mit Recht vorlegen könnten, müssen natürlich zurückgehalten werden, von Bismarck."

St. Pölten. (Brid.-Tel.) Zu der Bittmeldung, Prinz Alexander Hohenlohe habe die Veröffentlichung der Deutschen Würde des Prinzen seines Vaters veranlassen müssen, weil dieses der legitimieren Verfassung seines Vaters entwischen habe, erklärt der Berliner Verleger der "Köl. Ag.", diese Entschuldigung sei nicht zulässig. Prinz Hohenlohe habe wiederholt mit ihm über seine Deutswürdigkeiten gesprochen und erklärt, wirkliche Würden bringe er überhaupt nicht, sondern nur eine ungeheure Masse unordentliche Auszeichnungen, und er habe niemals Zeit gewunden, diese zu ordnen. Die Herausgabe seiner Erinnerungen sei außerordentlich schwierig. Er habe eine geplante Version von deutschem Wissen und politischem Tadel, die die Arbeit übernehmen könnte. Es sei nicht anzunehmen, daß er dem Prinzen Alexander oder Professor Curtius anvertrautungen gegeben hätte.

Oberrechidisches Abgeordnetenhaus.

Wien. (Abgeordnetenhaus) Finanzminister Dr. n. Kortiowski legte das Budget für 1907 vor. Im Entwurf des Haushaltsgesetzes für 1907 werden die gesamten Staatsausgaben mit 1 890 871 000 Kronen, die gesamten Staatsentnahmen mit 1 892 501 000 Kronen festgesetzt. Für die im Laufe des Jahres 1907 zur Abschaltung fällig werdenden Kapitalien der allgemeinen Staatschuld können Obligationen der ehemaligen Rentenentzuldung bezo. die an deren Stelle getretene auf Rentenentzuldung lautende Rentenentzuldung in Höhe des noch erforderlichen Betrags ausgegeben werden. Rentenamt sind sofort solche Obligationen im Betrage von 17 117 000 Kronen auszugeben und dem Finanzminister zu übergeben. Das Finanzjahr führt die Kredite an, die noch bis Ende Dezember 1907 verwendet werden können und die, insofern sie nicht bis Ende 1906 zur Verwendung gelangen, so zu behanbeln sind, als wenn sie im Vorjahr für 1907 bewilligt worden wären. Kernen können auch bis Ende Dezember 1907 namentlich angeführte, durch Gezen von 1901 bewilligte Kredite verwendet werden. Über die Verwendung alter fälliger Geburungs-Ueberzahlungen des Jahres 1907 ist, insofern sie nicht zur Tilgung von Kapitalien der Staatschuld verwendet werden, dem Reichsrat bis spätestens Ende 1908 eine Gelehrtenpostlage zu unterbreiten. Die Regierung wird idiosyncratically ermöglicht, aus den Gebrauchs-Ueberzählungen des Jahres 1906 zur außerordentlichen Dotierung des Migrationsfonds 3 Millionen, für die Förderung des Genossenschaftswesens 6 Millionen, für die Vermehrung und Ergänzung des Fahrvermögens der Staatsverbindlichkeiten 31,5 Millionen, für die vergleichsweise Abschaltung der abgerechneten Baukosten für die galizische Transversalbahn 3 561 000, zur Förderung, Verschönerung und Ausgestaltung kleinster Abteilungen in Krankenhäusern 5 Millionen und für die Befähigung der Industrie 2 Millionen Kronen zu verwenden. — Nachdem zunächst der Prinzipialentscheid der Alldeutschen, bzw. Herabziehung der Rittersteuer, dem Budgetausschuss überreicht worden ist, unterbreitet der Finanzminister das Budget für 1907, und führt dann im Exposé aus: Das wichtigste Moment des Haushaltsgesetzes für das nächste Jahr besteht darin, daß gewisse alljährlich wiederkehrende große Ausgaben, namentlich die Bedürfnisse der Eisenbahnverwaltung, die bisher durch Prädikationskosten gedeckt worden seien, im ordentlichen Budget des Jahres 1908 eine Gelehrtenpostlage zu unterbreiten. Die Regierung wird idiosyncratically ermöglicht, aus den Gebrauchs-Ueberzählungen des Jahres 1906 zur Förderung des Genossenschaftswesens 3 Millionen, für die Vermehrung und Ergänzung des Fahrvermögens der Staatsverbindlichkeiten 31,5 Millionen, für die vergleichsweise Abschaltung der abgerechneten Baukosten für die galizische Transversalbahn 3 561 000, zur Förderung, Verschönerung und Ausgestaltung kleinster Abteilungen in Krankenhäusern 5 Millionen und für die Befähigung der Industrie 2 Millionen Kronen zu verwenden. Der Minister besitzt, die Regierung werde die Geburgs- und Entwicklung der Industrie, namentlich in den östlichen und südlichen Ländern, insbesondere in Dalmatien, ihre Volle Unterstützung angedeihen lassen, und bemerkt, die Regierung halte an ihrer Erklärung bezüglich der Eisenbahnverstaatlichung fest, die anwendentsprechend und siebenfach fortgesetzt werden soll, sobald die Vorlage betr. Verstaatlichung der Nordbahn vom Reichsrat erledigt sei. Die Regierung sei entschlossen, hierbei nicht nur den ökonomischen und militärischen Interessen der Befestigung Rechnung zu tragen, sondern auch auf den Schutz der nationalen Befestigungen zu bedenken. Der Finanzminister erläuterte, er habe von der Verhandlung der Finanzabschluß von 1905 zu erheblicher außerordentlicher Schuldenentlastung abgesehen, um die durch die Beendigung der letzten Jahre verursachten Rückstände auf diesen Gebieten zu beheben. Lediglich seien im Jahre 1905 für Tilgung der Staatschulden 28 Millionen Kronen aus vorhandenen Mitteln vorgesehen, während an Tilgungskonten nur 16,5 Millionen hergegeben werden sollten. Der Minister legte im weiteren Berlauft seiner Rede dar, daß die Befürchtungen bezüglich der neuen Handelsverträge nicht eingeraten seien, daß die vielseitige der Industrie und dem Handel neue Anreize geben. Er bemerkte, daß hinsichtlich der Befürchtungen von Delegationen von 1902 bis 1906 beispielweise außerordentliche Militärfeste die Regierung ohne erhebliche Gefährdung des Staatshaushalt auf die Rentenentzuldung nicht verzichten könne, daß die Regierung da

Pramanns Erbswurst! * Park-Kebab! 18